

V-16 Beschluss Jetzt erst recht: Glyphosat und Bienenkiller Neonikotinoide vom Acker holen!

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 27.01.2018
Tagesordnungspunkt: Beschlüsse (vorläufig)

- 1 Mehr als zwei Jahren haben wir Grüne Seite an Seite mit vielen zivilgesellschaftlichen
2 Organisationen und engagierten Bürgern gegen die erneute Wiedezulassung von
3 Glyphosat
4 gekämpft. Am 27. November 2017 hat Noch-Landwirtschaftsminister Christian Schmidt
(CSU) mit
5 seiner eigenmächtigen Zustimmung Deutschlands dafür gesorgt, dass der weltweit und
6 am
7 häufigsten verwendete Pestizid-Wirkstoff fünf weitere Jahre auf Europas Äckern
8 versprüht
9 werden darf. Das ist zweifellos ein Skandal. Dennoch haben wir in den
10 Auseinandersetzungen
11 um den Wiedezulassungsprozess des Ackergiftes politisch viel erreicht.
12 Millionen Menschen in Deutschland und ganz Europa haben Petitionen unterschrieben,
13 sich an
14 Aktionen beteiligt, Fragen gestellt und sich mit dem Selbstbild einer Landwirtschaft
15 auseinandergesetzt, die das Versprühen von Gift auf künftigen Lebens- und
16 Futtermitteln für
17 eine nicht zu kritisierende Selbstverständlichkeit hält.
18 Die „Causa Glyphosat“ hat vielen Menschen zudem deutlich gemacht, in welch
19 erheblichem Maße
20 die Bundesregierung und ihre Behörden Einfluss auf europapolitische Entscheidungen
21 nehmen
22 oder selbst zu verantworten haben.
23 All das ist uns Grünen Ansporn, jetzt erst recht dranzubleiben und konkrete
24 Ausstiegspläne
25 für Glyphosat und besonders problematische Pestizide einzufordern. Dazu zählen das
26 vollständige Verbot aller Neonikotinoide, die Insekten, Vögel und Kleinlebewesen
nachweislich besonders schwer schädigen, sowie von Pestiziden mit
hormonschädigenden
Eigenschaften.
Auf diesem Weg haben wir bereits viel erreicht: Trotz erneuter Genehmigung wurde der
agrochemische Kassenschlager Glyphosat nur für fünf statt der ursprünglich geplanten
fünfzehn Jahre zugelassen. Auf Initiative der Grünen hat das Europaparlament einen
Ausstiegsbeschluss bis Ende 2022 gefasst, der, wären EU-Kommission und
Mitgliedsstaaten
dieser Vorlage gefolgt, erneute Risikobewertung gänzlich überflüssig gemacht hätte.
Mit dem
jetzigen Beschluss sind zähe Auseinandersetzung über eine erneute Zulassung in fünf
Jahren
vorprogrammiert. Auf Grundlage einer UN-Studie strebt unsere Fraktion im
Europaparlament

27 derzeit eine Klage gegen die Rechtmäßigkeit des Beschlusses und die Einsetzung eines
28 Sonderausschusses an, um am Ziel eines EU-weiten Verbots festzuhalten.

29 Die knappe, nur durch das Abstimmungsverhalten Deutschlands ermöglichte EU-weite
30 Wiedezulassung zeigt: Wir haben starke Partner in anderen EU-Mitgliedsstaaten, die
bereit

31 sind, den Weg in eine Glyphosat-freie Zukunft mitzugehen und eine Abkehr von dem
beständig

32 steigenden Pestizid-Einsatz auf Europas Äckern einzustehen. Auch die EU-Kommission
steht mit

33 ihrem Versprechen einer „pestizidfreien Zukunft“ vom 12. Dezember 2017 gegenüber
der

34 Europäischen Bürgerinitiative „Stopp Glyphosat“ im Wort.

35 Diesen Weg gilt es jetzt mit einem nationalen Verbote einzuschlagen. Frankreich und
36 Österreich haben das bereits angekündigt. Auch in Deutschland wollen wir ein solches
Verbot

37 erreichen. Die neue Bundesregierung wird sich gegenüber ihren Wählerinnen und
Wähler an der

38 Frage messen lassen müssen, ob auch sie dazu bereit ist. Als Grüne werden wir alles
daran

39 setzen, sie in diese Verantwortung zu zwingen.

40 Das massive Insektensterben duldet keinen Aufschub. Es gibt zahlreiche Studien, die
die

41 industrielle Landwirtschaft als wesentlichen Treiber dieser Entwicklung ansehen. Seit
1980

42 sind in Deutschland fünfundsiebzig Prozent aller Insekten- und rund die Hälfte aller
43 Vogelbestände auf landwirtschaftlichen Flächen verschwunden. Eine Landwirtschaft, die
ihre

44 natürlichen Ressourcen in solcher Art und Weise schädigt, ist nicht zukunftsfähig. Unser

45 Boden, unser Wasser und unsere Luft sind unersetzliche gemeinschaftliche Güter, die
zu

46 schützen jede Regierung verpflichtet ist.

47 Deshalb fordern wir von der künftigen Bundesregierung,

48 • ihre nationalen Möglichkeiten für rechtsfeste Verbote und Auflagen zu nutzen, um
49 besonders problematische Pestizide wie Glyphosat zügig vom Markt zu nehmen
bzw. in
50 ihrer Anwendung wirksam zu beschränken.

51 • sich auf europäischer für eine Reform der Risikobewertung und
Zulassungsverfahren für
52 Pestizide einzusetzen. Diese müssen transparent, unabhängig von
Industrieeinflussnahme
53 und alle Risiken umfassend erfolgen.

54 • dem auf März 2018 verschobenen Verbotsvorschlag der EU-Kommission für drei
55 Neonicotinoiden zuzustimmen und für eine Ausweitung des Verbots auf die

56 gesamte
Wirkstoffe-Gruppe einzutreten.

- 57 • in den 2018 anstehenden Reformen der EU-Pestizid-Gesetzgebung und
58 Gemeinsamen
Agrarpolitik (GAP) für starke Zielvorgaben und Instrumente zur Pestizid-Reduktion,
59 eine Bindung von Subventionen an ökologische Leistungen und zur Förderung der
60 Artenvielfalt einzusetzen.
- 61 • ein umfassendes Monitoring-Programm über die Auswirkungen von Pestiziden auf
die
62 Umwelt, Artenvielfalt und Gesundheit von Mensch und Tier aufzulegen.
- 63 • die am 13. Dezember 2017 auf EU-Ebene beschlossenen Kriterien zum Verbot
64 hormonschädigender Pestizide national streng auszulegen und sich auf EU-Ebene
für die
65 Ausarbeitung geeigneter Leitlinien zur Identifizierung dieser Stoffe einzusetzen,
die
66 dem Schutz von Mensch und Umwelt gerecht werden.
- 67 • Investitionen in Forschung und unabhängige Beratungsstrukturen zu tätigen, um
68 Landwirte in der Umstellung auf Chemie-freie Anbaumethoden zu unterstützen.
- 69 • Den Nationalen Aktionsplan Pflanzenschutz endlich als Instrument zur Minderung
von
70 Pestizidmengen, und dem Ausbau des nicht-chemischen Pflanzenschutzes zu
nutzen.
- 71 • den Ausbau des Ökolandbaus als Pestizid-freie und nachhaltigste Form der
72 Landwirtschaft mit einem Förderprogramm im Umfang von einer Milliarde Euro
über die
73 nächsten sieben Jahre zu beschleunigen.